

Neue Zürcher Zeitung

Der Bundesrat will keine Transparenz bei der Parteienfinanzierung vorschreiben

Die Landesregierung lehnt die «Transparenzinitiative» ohne Gegenvorschlag ab. Sie hält eine Regelung der Finanzierung von Parteien, Wahl- und Abstimmungskämpfen für nicht vereinbar mit dem schweizerischen politischen System.

Valerie Zaslowski, Bern
31.1.2018, 12:24 Uhr

Was die Parteifinanzierung betrifft, kennt die Schweiz als einziges europäisches Land keine Transparenzregelung. Wer gibt wie viel Geld für Abstimmungskämpfe aus? Wie viele Millionen fliessen in Plakat-Kampagnen? Solche Fragen bleiben hierzulande meist unbeantwortet. Während die SP als einzige grosse Partei ein detailliertes Budget veröffentlicht, möchte die SVP als finanzstärkste Partei von Transparenz am liebsten gar nichts wissen. Dieser Umstand wird von der Staatengruppe gegen die Korruption (Greco) denn auch kritisiert, alle Jahre wieder. Vergangenen August [hiess es](#) in einem Zwischenbericht der Organisation: Es seien «keine nennenswerten Fortschritte» erzielt worden.

«Mit Schweizer Eigenheiten nicht vereinbar»

Von der im vergangenen Oktober mit 110 000 gültigen Unterschriften eingereichten «Transparenz-Initiative» möchte der Bundesrat dennoch nichts wissen. Er wird die Vorlage ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen, wie er am Mittwoch mitteilte. Er beauftragte das Bundesamt für Justiz damit, bis im Herbst 2018 eine entsprechende Botschaft zuhanden des Parlaments zu erarbeiten. Das überparteiliche Initiativkomitee – bestehend aus SP, Grüne und BDP – verlangt, dass der Bund Vorschriften zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen auf Bundesebene erlässt. Die Parteien sollen ihre Bilanz und Erfolgsrechnung sowie die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen müssen. Bei Kampagnen sollen auch Personen dazu verpflichtet werden, ihre Spenden über 10 000 Franken zu deklarieren, sofern sie insgesamt über 100 000 Franken einsetzen. Die Annahme anonymer Spenden soll verboten werden.

Die Landesregierung ist jedoch der Ansicht, dass eine nationale Regelung der Parteifinanzierung und der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen kaum mit den Eigenheiten des schweizerischen politischen Systems vereinbar sei – auch wenn die Kantone Tessin, Genf und Neuenburg eigene Regelungen geschaffen haben. Im System der direkten Demokratie, das durch regelmässige Volksabstimmungen geprägt ist, sind die Parteien nicht die einzigen Akteure des politischen Geschehens. Organisationen und Ad-hoc-Komitees gehörten auch dazu. «Eine Gesetzgebung für alle politischen Akteure würde einen erheblichen Verwaltungsaufwand und damit beträchtliche Kosten verursachen», schreibt der Bundesrat in seiner Mitteilung. Zudem sei im Schweizer Milizsystem der Finanzbedarf der Parteien ohnehin bedeutend kleiner als in anderen Ländern.

«Transparenz stärkt die direkte Demokratie»

Die Reaktion des Initiativ-Komitees liess nicht lange auf sich warten: Der Entscheid des Bundesrates widerspreche dem Anliegen, Abhängigkeiten in der Politik offenzulegen, hiess es in einer Stellungnahme. Gerade in einer direkten Demokratie wie der Schweiz sei eine derart intransparente Politikfinanzierung «sehr problematisch». Mehr Transparenz stärke die direkte Demokratie, unterstütze den Meinungsbildungsprozess und schaffe Vertrauen in die Politik, lässt sich SP-Nationalrätin Nadine Masshardt zitieren. BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti findet: «Heute haben die Stimmbürger keine Ahnung, wer mit Grossspenden eine Abstimmungsvorlage unterstützt und damit ein Interesse am Erfolg eines Anliegens oder einer Kandidatur hat, und wie viel Geld ein Komitee in eine Kampagne steckt.»

Schliesslich ist Lisa Mazzone, Nationalrätin der Grünen, der Meinung, dass repräsentative Umfragen gezeigt hätten, dass das Anliegen in der Bevölkerung auf starken Rückhalt stosse. Umso unverständlicher ist für sie der Entscheid der Landesregierung, die Stimmbewölkerung über die Interessenbindungen der Parteien und Komitees weiterhin im Dunkeln zu lassen.

Mehr zum Thema:

Die Mängel der Transparenzinitiative

Politiker von allen Seiten wollen mehr Licht ins Dunkel der Schweizer Parteienfinanzierung bringen. Die Transparenzinitiative hat trotzdem einen schweren Stand. Wieso?

Christina Neuhaus / 10.10.2017, 05:30



KOMMENTAR

Die wahren Ziele im Auge behalten

Dass die Schweiz über die Politikfinanzierung abstimmt, ist gut. Doch die Transparenzinitiative ist für die Linke nur ein erster Schritt zu einem viel grösseren Ziel.

Michael Schoenenberger / 10.10.2017, 05:30

